

## THEMEN AUS DER LETZTEN LANDTAGSSITZUNG:

- Schleswig-Holstein braucht ein Fairer-Lohn-Gesetz
- Notkredite: Wir stehen auch in der Opposition zu unserer Verantwortung für Schleswig-Holstein
- Windkraftausbau: Fünf Jahre Stillstand können wir uns nicht noch einmal erlauben
- Mit der SPD wird es keine Rolle rückwärts in der Bildungspolitik geben
- Straßenausbaubeiträge: Jamaika bricht ein zentrales Wahlversprechen

Faire Löhne:

## Schleswig-Holstein braucht ein Fairer-Lohn-Gesetz

„Energie, Lebensmittel, Mieten – viele Preise gehen in diesen Wochen durch die Decke. Das trifft vor allem diejenigen, die durch ihr Gehalt wenig Puffer haben. Der beste Schutz vor Armut sind vernünftige Löhne. Und vernünftige Löhne gibt es mit guten Tarifverträgen. Deshalb hat die SPD in der letzten Sitzung des Landtages vor der Landtagswahl ein Fairer-Lohn-Gesetz beantragt (Drs. 19/3805). Dazu erklärt die Vorsitzende der SPD-Fraktion, Serpil Midyatli:

„Leider geht die Tarifbindung in Deutschland zurück. Weniger als die Hälfte der Beschäftigten profitieren heute noch von einem Tarifvertrag. Das ist erschreckend. Aber das Problem ist nicht vom Himmel gefallen, sondern auch Folge politischer Entscheidungen. Jamaika hat seit Jahren das Tariftreue- und Vergabegesetz abgeschafft. Seitdem ist es in Schleswig-Holstein egal, ob Unternehmen, die aus Steuergeld Aufträge erhalten, auf Tarifverträge setzen. Jamaika nennt das Entbürokratisierung. Wir nennen das Entsolidarisierung. Das ist Politik auf dem Rücken von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern! Wir haben in den letzten beiden Jahren mit den Corona-Hilfen gezeigt, wie handlungsfähig und schnell unser Land sein kann. Niemand kann mir erzählen, dass es keine bürokratiearme und gut umsetzbare Lösung für ein neues Tariftreue- und Vergabegesetz gibt. Das wären ein Armutszeugnis und eine Bankrotterklärung für die Fähigkeiten der eigenen Landesverwaltung.

*„Gute Unternehmen zahlen gute Löhne und ärgern sich maßlos über die schwarzen Schafe! Das sage ich als ehemalige Unternehmerin in aller Deutlichkeit!“*



Seit 2019 gilt bei Aufträgen des Landes nur noch der vergaberechtliche Mindestlohn. Das sind 9,99 €. Ziemlich wenig. Unsere Forderung ist klar: Das Minimum der Bezahlung muss sich an der untersten Tarifgruppe im Landes-Tarifvertrag orientieren. Das macht einen Unterschied! Gerade in diesen Zeiten, in denen die Kosten für die Menschen steigen, steigen und steigen. Wir dürfen mit Steuergeld nicht diejenigen unterstützen,

die Dumpinglöhne zahlen. Das ist nicht nur im Interesse der Beschäftigten. Gute Unternehmen zahlen gute Löhne und ärgern sich maßlos über die schwarzen Schafe! Das sage ich als ehemalige Unternehmerin in aller Deutlichkeit! Schleswig-Holstein braucht ein Fairer-Lohn-Gesetz. Öffentliche Aufträge und öffentliche Förderung bekommt mit uns nur, wer fair bezahlt!“

Ukraine-Krieg:

# Notkredite: Wir stehen auch in der Opposition zu unserer Verantwortung für Schleswig-Holstein

Vor uns liegen in den nächsten Wochen und Monaten große Herausforderungen. Wir sind bereit dazu, alles Notwendige mitzutragen, um den Menschen, die vor diesem zerstörerischen Krieg in der Ukraine flüchten müssen, bestmöglich zu helfen! Deshalb stimmen wir den notwendig gewordenen neuen Notkrediten zu (Drs. 19/3820). Dazu erklärt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Beate Raudies:

„Als ich meiner Mutter vor ein paar Monaten beim Aufräumen half, ist mir ein altes Foto in die Hände gefallen. Es zeigt meine Großmutter und ihre beiden Söhne in einer Flüchtlingsunterkunft. Sie waren im Februar 1945 vor dem Krieg aus Memel – heute Klaipėda – nach Mecklenburg geflüchtet, später ging es weiter nach Schleswig-Holstein. Dieses Schicksal teilen viele Familien in Schleswig-Holstein mit mir. Deswegen ist es für viele Menschen in unserem Land eine Selbstverständlichkeit, Kriegsflüchtlingen die Hand entgegenzustrecken und ihnen zu helfen, sie zu unterstützen. Schleswig-Holstein ist solidarisch! Das haben wir bereits in der Vergangenheit bewiesen. Und wir sind es heute mit den Flüchtenden aus der Ukraine. Seit zwei Monaten herrscht dort ein blutiger Krieg. Der russische Angriff auf die Ukraine ist ein krasser Bruch des Völkerrechts, der durch nichts zu rechtfertigen und auf das Schärfste zu verurteilen ist. Das mit dem Krieg verbundene schreckliche Leid der UkrainerInnen macht uns betroffen und stellt zugleich Deutschland vor gewaltige Herausforderungen. Laut UNHCR sind allein in den letzten zwei Monaten mehr als fünf Millionen Menschen vor dem Krieg aus der Ukraine geflohen - weil sie Angst um ihr Leben haben, weil ihr Hab und Gut, ihre Lebensgrundlagen zerstört sind.



*„Die Unterbringung, Verpflegung und Betreuung der Flüchtlinge und Vertriebenen aus der Ukraine ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dabei ist für uns klar: Die Kommunen dürfen nicht im Regen stehen gelassen werden!“*

Nur im Zusammenwirken von Bund, Land und Kommunen wird es gelingen, den Menschen, die nach Schleswig-Holstein geflüchtet sind, hier Sicherheit und Geborgenheit zu geben. Die Unterbringung, Verpflegung und Betreuung der Flüchtlinge und Vertriebenen aus der Ukraine ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dabei ist für uns klar: Die Kommunen dürfen nicht im Regen stehen gelassen werden. Sie sind in der Verantwortung, für menschenwürdige Unterkünfte zu sorgen. Sie müssen die Versorgung sicherstellen und dabei darauf achten, vorhandene Strukturen und ehrenamtliches Engagement nicht zu überfordern, sondern zu stärken. Dazu braucht es schnelle und unbürokratische finanzielle Hilfen!“

# Fünf Jahre Stillstand können wir uns nicht noch einmal erlauben

Auch vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine und der daraus resultierenden Energie-Krise wird deutlich: Wir müssen den Ausbau Erneuerbarer Energien massiv und schneller als bisher vorantreiben. Genau das und den Weg dahin hat die SPD in einem Antrag aufgezeichnet (Drs. 19/3806). Dazu erklärt der energiepolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Thomas Hölck:

„Schleswig-Holstein hat die besten Voraussetzungen für die Erzeugung von Strom durch Windkraft. Das ist keine Neuigkeit. Jamaika wird nicht müde, unser Land zwischen den Meeren für den Windausbau zu loben. Dabei wissen CDU, FDP und Grüne ganz genau, dass das bisher Erreichte aus den Jahren vor der amtierenden Landesregierung stammt. Daniel Günther ist 2017 durch das Land gezogen und hat größere Abstände der Anlagen zur Wohnbebauung gefordert und damit den Stopp des Windenergieausbaus in Kauf genommen. Dieser Stopp ist auch eingetreten. In den Jahren der CDU-geführten Landesregierung ist unter dem Strich nicht ein Windrad hinzugekommen.

Durch das Repowering bestehender Anlagen wurden zwar etwa 400 MW Leistung hinzugewonnen. In fünf Jahren wohlgemerkt. Diesen Zubau hätten wir aber mindestens jedes Jahr benötigt, um den Ausbaupfad für die schleswig-holsteinischen Klimaziele zu erreichen! Diese Landesregierung hat schlicht versagt! Jetzt lobt sich Jamaika immer wieder dafür, dass im Jahr 2021 so viele Genehmigungen für neue Windräder gekommen wären. Dabei waren das nur Projekte aus der Warteschleife, die nach Beendigung des Moratoriums endlich vorangebracht werden konnten. Schon in diesem Jahr zeichnet sich erneut ein gegenläufiger Trend ab: die Genehmigungszahlen sind rückläufig. Damit sind wir auch schon bei dem Kernanliegen unseres Antrags. Schon die Küstenkoalition hatte das Ziel von 10 GW Zubau von Erneuerbarer Energie aus On-Shore Anlagen bis 2025 ausgegeben. Das Kabinett Daniel Günther hat dieses Ziel übernommen und ist an dieser Aufgabe gescheitert. Wir sind genau so weit wie vor fünf Jahren. 2017 waren wir bei 2.981 Anlagen. Stand 17.01. haben wir 2022 2.981 Anlagen. Es fehlen uns nun eben diese fünf Jahre.

*„Daniel Günther ist 2017 durch das Land gezogen und hat größere Abstände der Anlagen zur Wohnbebauung gefordert und damit den Stopp des Windenergieausbaus in Kauf genommen. Dieser Stopp ist auch eingetreten. In den Jahren der CDU-geführten Landesregierung ist unter dem Strich nicht ein Windrad hinzugekommen!“*



Fachverbände aus dem Land, so wie der BWE, sagen selbst in ihren Forderungen zur Landtagswahl, dass die aktuell ausgewiesenen Flächen in dieser Regionalplanung nicht ausreichen. Es ist offensichtlich, dass dieser Plan eine Mogelpackung ist. Jeder Experte und jede Expertin im Land weiß, dass die schleswig-holsteinische Energiewende auf einem porösen Fundament steht. Deshalb fordern wir in unserem Antrag eine Evaluation der Regionalplanung um sicherzustellen, dass der Ausbau auch wirklich vorankommt und wir nicht in kurzer Zeit wieder vor einem Scherbenhaufen stehen. Das ist jetzt ein guter Zeitpunkt, dass die neue Ampel-Regierung im

Bund ambitioniertere Ziele vorgibt, als es unsere bisherige Gesetzgebung abgebildet hat. Schleswig-Holstein darf sich nicht hinter dem bisher Erreichten verstecken. Wenn ganz Deutschland bis 2045 klimaneutral sein soll, muss Schleswig-Holstein vorangehen und diese Neutralität bereits spätestens 2040 erreichen.

Bildungspolitik:

# Mit der SPD wird es keine Rolle rückwärts in der Bildungspolitik geben

CDU und FDP blicken ständisch orientiert auf unser Schulsystem. Das wird der Arbeit an den Schulen nicht gerecht. Nicht den Beruflichen Schulen, nicht den Gemeinschaftsschulen und auch nicht den Gymnasien. Alle Schulen leisten gute Arbeit, die dort erworbenen Abschlüsse sind gleich viel wert. Wir haben gemeinsam mit dem SSW einen Antrag in die Landtagssitzung eingebracht, um diesbezügliche Irritationen zu beseitigen (19/3812). Für die SPD ergriff dazu Martin Habersaat, stv. Fraktionsvorsitzender und bildungspolitischer Sprecher, im Landtag das Wort:

„Es gibt bei uns (abgesehen vom zweiten Bildungsweg) drei Pfade zum Abitur: an den Gymnasien, an den Gemeinschaftsschulen und an den beruflichen Gymnasien. Wenn man es da geschafft hat, dann hat man das Abitur, aber man hat nicht das Abitur (Gym) oder das Abitur (GemS) oder das Abitur (BG). Ebenso wenig gibt es beim Ersten und beim Mittleren Schulabschluss Abschlüsse 1., 2. oder 3. Klasse abhängig davon, an welcher Schule man sie erworben hat. Dass das betont werden muss, ist auch Erfahrungen aus dem Landtagswahlkampf geschuldet. Da plaudert der FDP-Fraktionsvorsitzende beim Philologenverband so launig über angebliche Qualitätsmängel der Beruflichen Gymnasien, dass es die anwesende VLBS-Vorsitzende nicht auf ihrem Sitz hält. Und da erläutert der CDU-Fraktionsvorsitzende dem staunenden Handwerk, dass die Gemeinschaftsschulen für den nötigen Nachwuchs sorgen werden, während die Gymnasien ja für angehende Akademiker\*innen zuständig seien.



*„Der laufende Wahlkampf beweist leider erneut, dass bei FDP und CDU das Aschenputtel-Prinzip vorherrscht: „Die guten ins Töpfchen, die schlechten ins Kröpfchen!“*

Das ist ein Stand in der bildungspolitischen Debatte, den wir seit mindestens 15 Jahren hinter uns gelassen haben. Natürlich liegt auch für Gymnasiastinnen und Gymnasiasten eine goldene Zukunft im Handwerk. Klimaschutz wird vom Handwerk gemacht. Und natürlich steht auch Absolventinnen und Absolventen von Beruflichen Schulen und Gemeinschaftsschulen eine akademische Karriere offen! Ich hatte immer gehofft, dass diese Einsicht mittlerweile unter den demokratischen Parteien Gemeingut geworden ist. Der laufende Wahlkampf beweist leider erneut, dass bei FDP und CDU das Aschenputtel-Prinzip vorherrscht: „Die guten ins Töpfchen, die schlechten ins Kröpfchen!“ Das darf es doch 2022 nicht mehr sein! Und deshalb ist es uns wichtig, uns zu vergewissern, ob wir am Ende dieser Legislaturperiode zu einer gemeinsamen Haltung in dieser entscheidenden Frage kommen, oder ob wir vor einem Roll-Back hin zu sozialer Sortierung und Abschottung in unserem Bildungswesen kommen. Und anstatt mit dem rhetorischen Keil die Schularten in Schleswig-Holstein zu spalten, sollten doch alle darüber nachdenken, wie wir diese ollen Kamellen von unterschiedlich wertvollen Abschlüssen endlich loswerden – beispielsweise durch schulartübergreifende anonyme Zweitkorrekturen.“

---

Straßenausbaubeiträge:

# Jamaika bricht ein zentrales Wahlversprechen

Im Zuge der letzten Plenarsitzung vor der bevorstehenden Landtagswahl beantragte die SPD erneut die endgültige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge (Drs. 19/3803). Dazu erklärt die stv. Vorsitzenden und finanzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Beate Raudies:

„Mit der Ablehnung unseres Antrags zeigt Jamaika den Menschen ihr wahres Gesicht. Der aktuelle Gesetzentwurf der Regierungskoalition ist der verzweifelte Versuch, ein unseriöses Wahlversprechen durch einen Taschenspielertrick doch noch einlösen zu können. Das Problem wird jetzt den Kommunen zugeschoben, die durch eigene Beiträge die Finanzierungslücken füllen sollen, die eigentlich vom Land auszugleichen wäre. Jamaika hat in fünf Jahren nicht geschafft – trotz einer sich positiv entwickelnden Haushaltslage – eines der zentralen Wahlversprechen vor allem von FDP und CDU umzusetzen.“

*„Jamaika hat in fünf Jahren nicht geschafft – trotz einer sich positiv entwickelnden Haushaltslage –, eines der zentralen Wahlversprechen vor allem von FDP und CDU umzusetzen!“*



Jetzt sollen die Kommunen dafür zahlen. Das ist hochgradig unseriös! Es ist zudem ein Schlag ins Gesicht der ehrenamtlichen Mandatsträger\*innen, die vor Ort jetzt unter Druck geraten, die Betroffenen durch solche „freiwilligen“ Beiträge der Gemeinde finanziell entlasten zu müssen. Diese untragbare Situation werden wir nach dem 8. Mai in Regierungsverantwortung mit einer vollständigen Abschaffung inklusive solider Gegenfinanzierung über den Kommunalen Finanzausgleich ändern!“

---

## Impressum

Herausgeberin: SPD Landtagsfraktion Schleswig-Holstein  
Pressesprecher: Heimo Zwischenberger  
Layout: Marie Strake

Postfach 7121, 24171 Kiel

**SPD** **FRAKTION  
SCHLESWIG-  
HOLSTEIN**